



Bullinger: Nach Bienensterben brauchen Imker die Hilfe des Landes

Zusammentreffen mehrerer Umstände – Konsequenzen ziehen – Imker entschädigen - In einer Landtagsdebatte über das Bienensterben in der Rheinebene sagte der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Friedrich Bullinger, unter anderem:

„In diesen Tagen lesen wir Überschriften wie „Mysteriöses Bienensterben am Ober-rhein“, „Das Bienensterben sorgt die Imker“, „Bienenvölker sanieren“, „Clothianidin auch im Bienenbrot nachgewiesen“, „Ein verlorenes Honigjahr“, „Tod im Maisfeld“, „Tödliche Saat“, „Minister Hauk macht den Imkern Mut“. Inzwischen haben wir wohl ganz offensichtlich die Ursache, die Verursachung und die Verursacher weitestgehend identifiziert. Es bestehen kaum noch Zweifel, dass das Bienensterben durch unsachgemäße Ausbringung, Fehler beim Beizen, insbesondere mit dem Maisbeizmittel Poncho Pro, sowie durch eine Kette von unglücklichen Umständen – bei-spielsweise die Witterung – und durch eine sehr schnell und in einem engen Zeitfenster bei meist sehr trockenen Bodenverhältnissen ausgebrachte Maissaat verursacht wurde. Hinzu kamen die gleichzeitige Blüte vieler Nachbarkulturen, wie Raps, Obstbäume und Ackerrandpflanzen, eine nicht befriedigende Beizqualität, die die Saatzuchtfirmen zu verantworten haben, aber auch Fehler bei der Ausbringung durch pneumatische Einzelkornsäugeräte, die die Staubabdrift unsachgemäß abgeblasen haben. Somit kennen wir die Ursachen weitest gehend nun gilt es daraus Konsequenzen zu ziehen. Insbesondere gilt es auch, das gesamte Ausmaß der Schäden und die eventuell noch zu befürchtenden Schäden abzuschätzen und die entsprechenden Maßnahmen daraus abzuleiten. Unsere Imker sorgten trotz den Widrigkeiten, die sie in den letzten 20 Jahren durch die Varroa-Milbe erleiden mussten, unermüdlich dafür, dass es durch ihre Arbeit möglich war, dass wir ernten konnten. Und zwar alle Früchte, die auf Insektenbestäubung, sei es Obst oder auch Feldfrüchte angewiesen sind. Dafür sollten wir ihnen danken. Daher haben die geschädigten Imker im Land ein Recht auf Solidarität und auf Unterstützung, vor allem haben sie den Anspruch auf Entschädigung von Seiten der Verursacher. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf unbedenkliche Lebensmittel und daher ist die Landesregierung aufgefordert, alles Erdenkliche zu tun, damit dies gewährleistet werden kann. Die Forderungen des Landesverbandes Badi-scher Imker, insbesondere - die sofortige Einstellung der Aussaat von Mais mit entsprechend gebeiztem Saatgut sowie- die Aussetzung der Zulassung, also der Anwendung und Aussaat mit clothianidinhaltigen Beizmitteln, wurden erfüllt. Genauso wichtig ist es jetzt, die pneumatischen Säugeräte zu überprüfen. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere die pneumatische Sämaschinen eines bestimmten Konstruktionstyps mit ursächlich sind für die Schäden. Es gilt auch sicherzustellen, dass Saatgut, das noch im Besitz der Landwirte ist und mit z.B. Poncho Pro gebeizt wurde, nicht mehr zur Anwendung gelangt. Natürlich muss man immer kritisch



Fruchtfolgen oder den Anbau von Pflanzen sowie Anbaumethoden hinterfragen. Falsch wäre es jedoch, hieraus wie dies nun teilweise ideologisch versucht wird, falsche Schlüsse zu ziehen. Imker und Maisbauern sind im selben Boot, beide müssen ernten können. Man kann aufgrund eines regionalen Unfalls, der durch unsachgemäße Anwendung und das Zusammentreffen verschiedener Ursachen verursacht wurde, nicht gleich alles in Frage stellen. Nach wie vor brauchen wir, um die Erträge für unsere Landwirte zu sichern vor allem bei der Aussaat für das Saatgut und zum Schutz des Keimlings die Beizung mit entsprechenden Insektiziden oder Fungiziden. Neben den bereits ergriffenen Sofortmaßnahmen gilt es nun die betroffenen Imker zu unterstützen, und zwar in der Beratung, beim Wiederaufbau ihrer Bienenvölker aber auch bei der Entschädigung durch die Verursacher, insbesondere durch die Hersteller des Saatgutes. Gefordert sind vor allem die Saatgutfirmen. Weiter müssen die Sägeräte der Landwirte so nachgerüstet werden, dass eine sachgemäße Ausbringung zukünftig gewährleistet wird. Das Land ist weiter gefordert, insbesondere die Berufsimker durch günstige Darlehen finanziell zur Überbrückung der Ertragsausfälle und zum Wiederaufbau der Bienenbestände zu unterstützen und die Beratung zu verstärken.“